Steuerabkommen

Dr. Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater
Geschäftsführer Mediapolis AG, St.Gallen

Mit letztem Einsatz versuchten die JUSO, die AUNS und die Lega, die nötigen 50'000 Referendums-Unterschriften gegen die drei Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien zu sammeln. Es reichte nicht! Offensichtlich beglaubigten die Gemeinden eine grosse Anzahl an Unterschriften nicht zeitgerecht. Somit findet über diese Abkommen am 25. November keine Abstimmung statt. Obwohl alle Vorbereitungen bis hin zum gedruckten Bundesbüchlein getroffen waren.

Rechtssicherheit

Die Schweiz ist somit bereit, die lang andauernden Steuerstreitigkeiten mit unseren Nachbarn zu beenden und Rechtssicherheit zu schaffen. Österreich und Grossbritannien haben diese Verträge, die ihnen jährliche Einnahmen versprechen, schon ratifiziert. Die Deutsche Regierung würde dies auch gerne tun, nur sträubt sich die Länderkammer aus parteitaktischen Überlegungen dagegen.

Auch wenn die Linke und die Rechte die Abkommen im Parlament ablehnten, stehen wir jetzt mit einem guten Angebot da. Es liegt nun an Deutschland, weiterhin unrühmliche CDs zu kaufen oder auf der Basis eines bilateralen Vertrages einfach und unbürokratisch jährliche Abgeltungen zur Aufbesserung des eigenen Haushalts zu erhalten. Die SPD regierten Bundesländer pokern hoch, wenn sie den Vertrag im Deutschen Bundesrat am 23. November ablehnen. Aber eben, in Deutschland herrscht mit der Nomination von Peer Steinbrück als SPD-Kanzlerkandidat bereits Wahlkampf. Ein Ja in der Länderkammer käme einer persönlichen Niederlage des unrühmlichen «Kavalleristen» gleich. Somit werden die Verträge vorerst nur für Österreich und Grossbritannien gelten.

Steuerfrieden

Seitens der Schweiz setzen wir mit diesen Verträgen einen Schlussstrich unter die Vergangenheit und stellen die Weichen für die Zukunft neu. Auch wenn in diesen Abkommen nicht alles so geregelt ist, wie wir uns dies wünschten. In der Summe sind sie positiv, pragmatisch und schweizerisch. Sie dürften uns in den nächsten Jahren viel Ärger, Aufruhr und politische Kosten ersparen. Vielleicht heissen nach der Nichtwahl von «Peitschen-Peer» sogar die Deutschen ihren Vertrag noch gut.